

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dapferbrück, Rönshöl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbek, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 142

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 8 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige n. 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig - Dferti gebühren 30 Reichspennig und Porto.

Halver
Mittwoch, den 21. Juni

Erscheint werktäglich
mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monat.
Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb
- Postcheckkonto: Dortmund 2241. -

1933

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Bei Freudenstadt im Schwarzwald stürzte ein Ausflugsauto mit 43 Blinden eine hohe Böschung hinab. Fünf Blinde wurden auf der Stelle getötet, mehrere verletzt.

* Die österreichische Regierung hat auch den steirischen Heimatschutz, der sich der NSDAP. angeschlossen hatte, verboten.

* Die älteste Kommunistin Klara Zetkin ist in Rußland gestorben.

Die deutsche Abfrage in Genf.

Auf der Arbeitskonferenz.

Die „Internationale der Arbeit“, vor vierzehn Jahren als ein Teil des Völkerbundstatuts geschaffen und im Internationalen Arbeitsamt verwirklicht, hat mit dem Völkerbund zweierlei gemeinsam: Hier wie dort wurden riesige und infolge dessen überaus kostspielige Organisationen aufgebaut und hier wie dort kam bei dieser „Arbeit“ so gut wie nichts heraus. Dafür wurde aber in Genf um so mehr debattiert, um die praktische Erfolglosigkeit dieses Treibens in Genf ein bißchen zu verbüßeln. Die Führung dabei — ebenso natürlich die maßgebendsten und bestbezahlten Posten — hatten die französischen Gewerkschaftsdelegierten marxistischer Richtung inne, die in ihrem eigenen Lande politisch wirklich nicht viel zu bedeuten haben! Aber in Genf auf dem Internationalen Arbeitsamt den Mund um so weiter aufstuten! Die Engländer und Belgier taten dabei eifrig mit und man war, einschließlich der deutschen Vertreter, so ziemlich „unter sich“, weil auch die etwa anwesenden deutschen Arbeitnehmerdelegierten aus den Christlichen Gewerkschaften kaum als ernsthafte „Störenfriede“ austraten und daher auch nicht als solche empfunden zu werden brauchten.

Schon die italienischen Arbeitervertreter haben jahrelang darum kämpfen müssen, überhaupt bei den Sitzungen des Internationalen Arbeitsamtes zugelassen zu werden. Sie wurden von der dortigen marxistischen Front lange Zeit glatt abgewiesen, als „Faschisten“ nämlich! Lehnt doch die italienische Organisation der Arbeit den Klassenkampfgedanken und den Demokratismus der marxistischen Internationale schroff ab, — und das ist eine Todsünde wider den „Geist“ von Genf! Allmählich haben sich die Italiener aber doch hineingearbeitet und dadurch wenigstens einen Teil der ihnen von Rechts wegen zustehenden Positionen erlangt. Daß sich die gleichen Widerstände auch gegenüber der neugeschaffenen Deutschen Arbeitsfront erheben würden, war von vornherein anzunehmen, besonders da auch auf den Arbeitsamtkonferenzen in Genf die internationalen politischen Verhältnisse und Strömungen stets einen überaus starken Einfluß auf die dortige „Arbeit“ ausgeübt haben und daher der Weltkampf gegen Deutschland und seine nationale Erneuerung sowohl von der allgemein politischen, wie von der marxistischen Seite her in Genf stärksten Widerhall finden mußte.

Das alles ist denn auch prompt geschehen und die deutschen „politischen Flüchtlinge“ sorgten ihrerseits auch mit für die Verstärkung dieses antideutschen Echo's. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley hatte also gleich nach dem Zusammentritt der Konferenz des Arbeitsamtes einen sehr schweren Stand als deutscher Arbeitnehmer-Delegierter. Die Angriffe prasselten nur so auf die ganze deutsche Hitler-Bewegung hernieder, und das früher gegen Italien aufgeführte Spiel vollzog sich nun auch gegenüber der deutschen Arbeitnehmergruppe, während es beziehungsweise bei der anderen, der Arbeitgebergruppe nicht zu derartigen Anpöbelungen des nationalen Deutschland kam, geschweige denn bei den Regierungsvertretern. Auch jetzt versuchte man also die deutschen Arbeitervertreter von jeder wirksamen Teilnahme an der Konferenz fernzuhalten, aber das gelang denn doch nicht! Man konnte die Vertreter von vielen Millionen deutscher Arbeiter nicht so leicht und einfach mundtot machen, wie man sich das vorgenommen hatte. Aber erreicht wurde von den Gegnern doch immerhin, daß man unseren Vertretern nur einen Teil der früher von uns innegehabten Position bei den Ausschuss-Arbeiten eingeräumt hat. Und im übrigen rächte sich die gegnerische Seite für diese halbe Enttäuschung dadurch, daß sie für ihre Anpöbelungen der deutschen Arbeiterbewegung von heute immer schwereres Geschütz aufzufuhr — von dem Präsidenten der Gesamtgruppe dabei ebenso wenig behindert wurden wie von den Leitern der Kommissionen. Die deutsche Delegation war also diesem Trommelfeuer ohne jeden präsidialen Schutz ausgesetzt und konnte sich ihrer Haut nur mit den eigenen Kräften wehren.

Was daher kommen mußte, kam schließlich: Als sich diese antideutsche Einstellung des Präsidiums immer wieder und in einer ganz besonders drastischen Form dokumentierte, hat die deutsche Delegation endlich und berechtigterweise die Geduld verloren und erklärte, sie verlasse die Konferenz und werde nicht eher wieder an ihr teilnehmen, als die amtliche Zurückweisung der Anpöbelungen, Beleidigungen und Lügen erfolgt, die sich die marxistische Mehrheit in der Arbeitnehmergruppe und Deutschen gegenüber leisten zu dürfen geglaubt hat. Die deutsche Delegation hat die Erledigung ihrer Beschwerden keineswegs überbürzt, sondern sie hat lange gewartet, ob und wann endlich das Präsidium sich bewegen würde, seine Pflicht auch der deutschen Delegation gegenüber zu erfüllen. Erst als sie sah, daß hierin nichts geschah, und erst, als sie einen besonders schlimmen Fall trassierter Parteistellung des Präsidiums erleben mußte, hat sie die selbstverständlichen Folgerungen daraus gezogen. Natürlich tat dies die gesamte deutsche Vertretung auf dieser Konferenz.

Erregung in Oesterreich

Alarmzustand in Wien.

Schwere Geld- und Arreststrafen angedroht.

In Wien ist sofort nach dem Beschluß des Ministerrats gegen die NSDAP. die Polizei und die Garnison in Alarmzustand versetzt worden.

In der Verordnung der Bundesregierung gegen die NSDAP. werden Zuwiderhandlungen mit einer Geldstrafe bis zu 2000 Schilling oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bedroht. Diese Strafen können jedoch auch gleichzeitig verhängt werden.

Auch der Versuch wird als strafbar erklärt. Strafbefugte, die nicht österreichische Staatsbürger sind, sind nach dem Schubgesetz (b. i. Ausweisung) zu behandeln.

Drei Minister enthielten sich der Stimme.

Innerhalb der österreichischen Regierung war keineswegs Einstimmigkeit über das Verbot erzielt worden. Wie man erfährt, haben sich bei der entscheidenden Abstimmung im Ministerrat drei Minister der Stimme enthalten, und zwar die beiden Vertreter des Landbundes sowie der Sozialdemokrat.

Es erhebt sich nun die Frage, ob der Ministerratsbeschuß rechtsgültig ist, da bestimmungsgemäß die Ministerratsbeschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen.

Verhaftungen in Krems.

Wie aus Krems an der Donau berichtet wird, sind im Zusammenhang mit dem am Montag verübten Anschlag auf die Assistenzkompanie insgesamt neunzehn Personen verhaftet worden. Unter ihnen befindet sich der Scharführer der Nationalsozialistischen Partei, Mosel, der beschuldigt wird, die Tat begangen zu haben.

Das Befinden der bei dem Anschlag Verletzten ist zufriedenstellend. Es wird angenommen, daß auch die schwerverletzten mit dem Leben davonkommen werden.

Auch der steirische Heimatschutz verboten.

In einer Verlautbarung zu dem Wiener Ministerratsbeschuß wird festgestellt, daß auch der steirische Heimatschutz verboten ist.

In einer halbamtlichen Veröffentlichung des Sicherheitsministers Fey zur Auflösung der Nationalsozialistischen Partei wird auch ausdrücklich gesagt: „Im Interesse der Bevölkerung und der Sicherheit des Staates konnte die Regierung nicht weiter warten und hat darum über meinen Antrag das Verbot und die Auflösung der Nationalsozialistischen Partei und aller ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen in Österreich sowie des steirischen Heimatschutzes (Führung Kammerhofer) verfügt.“

Die steirischen Heimwehren haben sich bekanntlich schon vor einiger Zeit von den unter Führung des Fürsten Starhemberg stehenden Heimwehren losgesagt und sich der NSDAP. angeschlossen, da sie den Starhembergischen Kurs, das heißt den Kurs des Kabinetts Dollfuß, nicht länger mitmachen wollten. Zum Unterschied von den Starhembergischen Formationen, deren Führer für seine westliche, französisch orientierte Einstellung bekannt ist, stehen die steirischen Heimwehren auf streng nationalem Standpunkt im besten deutschen Sinne.

Kabinetts Dollfuß scheut die Kritik.

Die NSDAP.-Presse mundtot gemacht.

Die Wiener Pressepolizei vertritt zu dem Verbot jeder Betätigung der nationalsozialistischen Blätter gegenüber den Erwartungen, die man bisher gehegt hatte, die Auffassung, daß ein Erscheinen von Parteiblättern gegen das Verbot des Ministerrats verstoße. Die „Deutsch-Österreichische Tageszeitung“ hatte den Untertitel „Hauptblatt der Nationalsozialistischen Partei“ in der neuen Nummer bereits abgelegt und in ihrem Leitartikel diesen Schritt mit dem Verbot der Betätigung der Partei begründet. Trotzdem ist sie beschlagnahmt worden und wird nicht mehr erscheinen können, ebenso wie die anderen nationalsozialistischen Tagesblätter und die illustrierten Zeitschriften.

Auch dieses Vorkommnis ist nur ein Ausschnitt aus dem schweren Kampf, den unser heutiges Deutschland der nationalen Erneuerung gegen das internationale Mißtrauen und Ubelwollen im allgemeinen, gegen den Haß der marxistischen Internationale im besonderen führen muß. Man hat in Genf deutscherseits in anderen Tönen und Worten gesprochen als früher, denn auf einen groben Klotz gehörte endlich einmal auch ein recht derber Keil! Gerade Deutschland, das sozialpolitisch an der Spitze der Welt marschierte und marschiert, hat das Recht dazu, den debattierenden Herrschaften in Genf unzweideutig vor Augen zu halten, daß nur durch ein nationales Wollen und Handeln auch dem Arbeiter die Möglichkeit des sozialen Aufstieges gegeben ist, eines Aufstieges nämlich auf Grund der Leistung, nicht aber mit Hilfe des Klassenkampfes marxistischer Dogmatik.

Wie in Wien amtlich mitgeteilt wird, ist die Münchener Ausgabe des Völkischen Beobachters für Österreich verboten worden, nachdem bekanntlich schon vorher die Süddeutsche Ausgabe auf ein Jahr verboten worden war.

Bahnfrevel bei Wien.

Schlimme Beschuldigungen der Wiener Presse.

Die Wiener Presse bringt in großer Aufmachung Nachrichten über einen geplanten Eisenbahnanschlag, der von den Blättern ohne jeden Inhaltspunkt einfach den Nationalsozialisten zugeschoben wird. Aus der amtlichen Verlautbarung der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen geht jedoch hervor, daß die Sache weit weniger gefährlich war, als dies in den Blättern dargestellt wird. Es wird darin gesagt, daß in der Nähe von Rodaun bei Wien versucht worden sei, durch eine Sprengung den Bahnkörper zu beschädigen. Der Schaden sei ganz geringfügig. Der Verkehr habe durch den Vorfall keinerlei Störungen erlitten.

Dollfuß mußte mit NSDAP. Fliegern nach London reisen!

Sabichs Mitarbeiter Cohrs berichtet.

Zugleich mit Dr. Sabicht, dem Pressattaché der Deutschen Gesandtschaft in Wien, wurde bekanntlich auch dessen Mitarbeiter Cohrs verhaftet. Cohrs, der Montag aus Wien abgeschoben wurde und nun in Berlin eingetroffen ist, erstattete der Presse Bericht über seine Erlebnisse in Österreich.

Seine Verhaftung am Dienstag voriger Woche hat sich in ähnlichen Formen zugetragen, wie die Sabicht's. Die Beamten hätten seine Taschen durchsucht und ihm sämtliche darin enthaltenen Gegenstände abgenommen.

Gegen die Beschlagnahme von bei ihm gefundenen Papieren des auswärtigen Amtes habe er sich energisch verwahrt, wobei er mit den Beamten in ein Handgemenge gekommen sei.

Die Papiere seien ihm schließlich nach Rückfrage beim Bundeskanzleramt belassen worden. Darauf habe man ihn

in eine Verbredherzelle abgeführt.

Er sei acht Tage lang in der Zelle eingesperrt gehalten worden.

Als Bundeskanzler Dollfuß nach London im Flugzeug reisen wollte, sei die Flughafenverwaltung ersucht worden, nur eine Flugzeugbewachung zu stellen, die der Regierung nahesteht. Die Flughafenverwaltung habe darauf geantwortet, daß das unmöglich sei, denn auf dem Flugplatz gebe es nur Nationalsozialisten. Dollfuß habe schließlich mit nationalsozialistischer Flugzeugbewachung nach London fliegen müssen. Die Besatzung habe sich schriftlich verpflichten müssen, „keinen Sabotageakt“ zu begehen und Dollfuß auch nicht auf dem Wege über Deutschland nach London zu bringen.

Auf dem Flugfeld in Aspern sei er bei seinem Abflug mit Blumen überschüttet worden. Die zu seinem Abschied erschienene Menge habe immer wieder versichert, daß der Kampf in Österreich fortgesetzt werde.

Neurath: Keine Einmischung.

Reichsaußenminister Frhr. von Neurath hat sich Blättermeldungen zufolge in einer Unterredung mit englischen Pressevertretern zu dem Vorgehen Österreichs gegen die Nationalsozialistische Partei wie folgt geäußert: „Wir denken nicht daran, uns in die Angelegenheiten Österreichs einzumischen. Wir verfolgen selbstverständlich von außen die Entwicklung, beabsichtigen aber nicht einzuschreiten. Unsere ganzen Sympathien sind mit dem österreichischen Volke; aber hier handelt es sich um eine Angelegenheit, die die Österreicher selbst mit ihrer Regierung abzumachen haben.“

Die Beschlagnahme der Dienstgebäude am Versailler Tag.

Das Preussische Staatsministerium hat folgenden Beschluß gefaßt: „Zum Zeichen der Ablehnung des vor 14 Jahren beschlossenen Diktats von Versailles und zum Ausdruck der Trauer, daß das deutsche Volk noch immer unter dem harten Druck dieses Diktates steht, setzen am Mittwoch, dem 28. 6. 1933, alle staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, die Gebäude der übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie die Gebäude der öffentlichen Schulen die Halbkreuzflagge und die schwarz-weiß-rote Fahne auf Halbmast.“

Das Gesicht des neuen Deutschland.

Anländer über ihre Beobachtungen bei einer Industriereise.

Am 8. Juni begann in Berlin eine Industrie- besichtigung der verschiedensten größeren Werke, an der über 60 Gäste aus 15 benachbarten Nationen teilnahmen. Sinn und Zweck der Fahrt war es, die Wirtschaftler der einzelnen Länder einander näherzubringen, in Form einer zwanglosen Fahrt Gedanken- austausch anzuregen, neue Brücken wirtschaftlicher Verständigung zu schlagen. Sinn war aber auch, zu zeigen, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung herrscht, daß alles bestrebt ist, dem Volk und Vaterland zu dienen.

Ein Sonderberichterstatter nahm Gelegenheit, verschiedene der ausländischen Fahrtteilnehmer über ihre Eindrücke zu befragen. Einer der dänischen Teilnehmer, Vantidirektor W. Eigtved von der Privatbank Kopen- hagen, konnte während der Fahrt interessante Ver- gleiche zwischen früheren Aufenthalten in Deutschland und dem jetzigen ziehen. „Interessiert hat es mich, daß überall ein neuer Geist eingeblasen ist, daß sich alle eins fühlen — verstehen Sie mich bitte recht! — als Deutsche fühlen! Nur eine große Not kann ein Volk so zusammen- schweißen, um nur für das Vaterland zu arbeiten und nicht für einzelne Interessen.“ Des weiteren empfing Direktor Eigtved starke Eindrücke aus den Besuchen bei der deutschen Industrie. „Leberfusen betrachte ich als die Industrie, die Europa nicht entbehren kann. Außerordentlich interessant waren auch die moder- nen Walzstraßeneinrichtungen bei Krupp in Essen, die mir sehr gut gefielen. Mächtige Maschinen, ganz modern, alles maschinell, zwei, drei Arbeiter, die ein solches mächtiges Getriebe bedienen. Ich nehme die Überzeugung mit, daß man in Deutschland danach sucht, zu einer großen Einigung in allen Schichten und Berufen zu kommen und damit zu einer großen Festigung aller Verhältnisse.“

Ganz begeistert über die Fahrt sprach sich der schwedische Teilnehmer Direktor B. Schmitz, Malmö, der Inhaber eines der größten Textilunternehmen Schwedens aus. Er bezieht nach seinen Angaben etwa 90 Prozent seiner Rohstoffe, insbesondere aber Farbstoffe, aus Deutschland. Gerade diese enge Verbindung betonte der Schwede ganz besonders. „So liebevoll und herzlich sind wir empfangen worden, daß mir wirklich Worte fehlen, um meine Bewegung aus- zudrücken. Mein Lob über Deutschland ist kein Super- lativ, wie man ihn gern nach einem Festessen, nach einer Befichtigung als bloße Geste vielleicht zur Hand hat und gebraucht. Mein Urteil ist Ausdruck allerherzlichster Zu- neigung und Bewunderung. Imponiert hat mir die Großzügigkeit und Organisation der großen Betriebe, die wir besichtigten konnten, die Sauberkeit auf den Fabriks- höfen, die unerhörte Präzision, mit der alles abläuft, die Produktionskraft der deutschen Industrie und der Wille zur Arbeit.“

Groß und ganz stark sprachen die verschiedenen Be- triebe zu uns. So die Betriebe der Continental, von Hammerstein, von Krupp, J. G. in Leberfusen, der Ufa bei Berlin. Unvergesslich wird mir die Rheinfahrt bleiben, das Erlebnis der nächtlichen Stunde auf dem Petersberg, als das Rheintal im Mondenschein vor uns ausgebreitet war. Das alles ist Erlebnis, das man nicht vergessen wird.

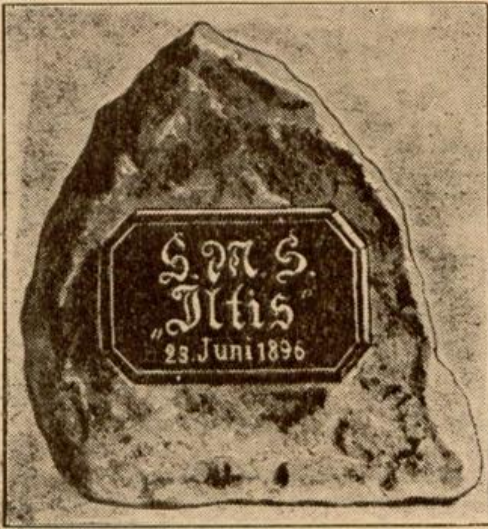
Leider haben wir Schweden Schwierigkeiten mit unserer Währung und so kommt es auch, daß man in Schweden nicht so oft, wie man gern möchte, nach Deutsch- land fährt, insbesondere an den Rhein. Aber wenn wir Schweden nach Deutschland kommen, kommen wir gern! Große Möglichkeiten sage ich insbesondere der deutschen Autoindustrie voraus. Ich bin der Mei- nung, daß Deutschland in wenigen Jahren seinen Auto- export sehr stark erhöhen kann. Der deutsche Wagen ist gediegen in seiner Ausmachung und außerordentlich gut durchgearbeitet.

Zum Schluß nur einen Satz: Dies Leben in Deutsch- land, diesen Frohsinn am Rhein, dies Schaffen seiner Industrie, diese Gastlichkeit — all dies wird mir unver- gesslich bleiben!“

Ein Heldentag der deutschen Marine.

Zum Untergang der „Itis“ am 23. Juni 1896.

Ein ehemaliger Angehöriger der alten Kaiserlichen Marine, der den Untergang der heldenmütigen Besatzung des deutschen Kanonenbootes „Itis“ im Jahre 1896 gewissermaßen als Zuschauer miterlebte, hat dem Reichskanzler Hitler einen Gedenkstein zum Geschenk gemacht, der mit dem Untergang der „Itis“ in enger Beziehung steht. Der Stein ist ein Stück des Felsenriffs, an dem das Schiff zerbrach, die Kupferplatte ist ein Stück des Hauptdampftröbels der „Itis“, abgefaßt, während die Besatzung von S. M. S.



Der „Itis“-Gedenkstein für Reichskanzler Hitler.

„Cormoran“ nach den Geheimbüchern und Schiffspapieren der „Itis“ suchte und die Leichen ihrer untergegangenen Kameraden barg und bestattete. In dem Begleitbrief an Hitler widmet der Spender den Stein „dem Wiederher- steller des Hohenheitszeichens Schwarz-weiß-rot“.

Am 23. Juni 1896 wurde das Kanonenboot „Itis“ in einem schweren Taifun an der Einfahrt zum Pechilligolfs auf ein Riff geworfen. Der Komman- dant hatte sofort erkannt, daß Schiff und Besatzung ver- loren seien. Er versammelte die Besatzung um sich auf dem Hinterschiff und erklärte mit kurzen Worten, daß ihr braves Schiff und sie mit ihm dem Untergang geweiht

Amtsvertretung Lüdenscheld.

Lüdenscheld, 19. Juni 1933.

Die Lüdenschelder Amtsvertretung versammelte sich gestern nachmittag im Amtshaus zu einer kurzen Arbeits- tagung. Den Vorsitz führte Bürgermeister Weiland. Amts- beigeordneter Möller wohnte den Verhandlungen bei. Der Vorsitzende referierte eingangs über die Beschlüsse des Hauptauschusses, die dieser in seiner Sitzung am 7. d. M. gefaßt hatte. Zunächst handelt es sich um den Anstrich der äußeren Holzteile des Amtshauses, der einen Kostenbetrag von 710 RM ausmachen wird. Die Arbeiten, deren Not- wendigkeit im Ausschuss anerkannt wurde, sollen Amtsein- gegessenen übertragen werden.

Amtskassen-Jahresrechnung 1931. Mit der Prüfung der Rechnung waren J. Zt. Amtsbeigeordneter Möller, ferner die Amtsverordneten Weber und Domininghaus sowie der Gemeindevorsteher Schulte beauftragt worden. Einwendungen etatrechtlicher Art wurden von den Prüfern nicht erhoben. Die Verwaltung ist indessen beauftragt worden, die Bekanntmachungskosten, die als zu hoch be- funden wurden, zu senken. Entsprechende Verhandlungen sind eingeleitet. Des weiteren sind Verhandlungen aufge- nommen worden, um einen Normalfab für Dienstfahrten mit Kraftwagen zu ermitteln. Wie der Bürgermeister ferner mitteilte, dürfen Beamte der Verwaltung grund- sätzlich keinerlei Nebeneinnahmen haben. Die Tagegelder für Dienstreisen errechnen sich nach den für Staatsbeamte geltenden Vorschriften. Die Jahresrechnung 1931 wurde schließlich festgestellt und dem Kassenabchluß zugestimmt.

Darlehen bei der Centralbodenkredit AG. Die Bür- germeister Weiland hierzu ausführende, ist im Jahre 1928 bei der genannten Aktiengesellschaft ein Darlehen von 300 000 RM aufgenommen worden. Das Amt ist mit dem Schuldendienst im Rückstand. Die Geldgeberin hat nunmehr einen Vorschlag dahingehend gemacht, die Tilgung für die Rechnungsjahre 1932 und 1933 auszuheben. Diefem Anerbieten wurde zugestimmt. Von der Anleihe haben J. Zt. erhalten das Amt 25 000 RM für erhöhte Betei- ligung an der „Mar“, die Gemeinde Lüdenscheld 115 000 RM für Kaufkosten beim Straßenbau Lüdenscheld—Num- menohl sowie für allgemeine Bedürfnisse, die Gemeinde Lüdenscheld-Land den Rest mit 160 000 RM. Der Betrag wurde hier nachgewiesen für Grunderwerb, Straßenbau Lüdenscheld—Nummenohl, Wasserleitungsanlagen usw.

Erfahrung zum Fürsorgeauschuss. Die Wahl als Mit- glied des Fürsorgeauschusses haben mit anerkannten Grün- den abgelehnt Walter Turch-Döfenbach, Andreas Scholt- Welle und Ewald Kämpfer-Holthausen. Für sie wurden auf Vorschlag des Amtsverordneten Weber bestimmt Eug. Bräcker-Döhlhagen, Karl Blas sen.-Welle und F. W. Klobes-Dahlhausen.

Personalien. Der Hauptauschuss hat empfohlen, den Polizeioberwachmeister Böwen nach Ablauf seiner Probe- dienstzeit auf Kündigung unter den üblichen Bedingungen anzustellen. Die Versammlung beschließt entsprechend. Eine Vorlage betr. die Veretzung des Amtsbauarbeiters Enger in den Ruhestand wurde von der Verwaltung zurück- gezogen, da die Frage der Ruhegehaltsversorgung noch ungeklärt ist. Zur Frage der Dienstunkosten des Bürger- meisters wurde von einem Beschlusse des neuen Kreis- ausschusses Kenntnis gegeben, wonach ab 1. April eine neue Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung für sämt- liche Bürgermeister im Kreise Altena erfolgt ist. Die Dienstunkosten werden als Pauschale gewährt und sind je nach der Größe des Dienstbezirks gestaffelt. Für den Bürgermeister des Amtes sind die Dienstunkosten auf 1200 RM festgesetzt. Darin sind einbezogen die Dienst- reisen innerhalb des Amtes. Die Versammlung nahm hiervon zustimmend Kenntnis.

Verwaltungsseitig wurde sodann davon Mitteilung gemacht, daß das Amt nunmehr bei den Unternehmungen, an denen es beteiligt ist, wirksamer vertreten ist als bisher. So ist Amtsbeigeordneter Möller einstimmig zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Kreis-Altenaer-Eigen- bahn gewählt worden, außerdem gehört er als Mitglied den Aufsichtsräten von Elektro-Mar und „Mark-Sauer- land“ an. Bei „Mark-Sauerland“ ist das Amt ferner durch Bürgermeister Weiland im A. R. vertreten.

In geheimer Beratung wurde sodann noch über einen Antrag der Fraktion der NSDAP beraten, die Bezüge der Beamten und Angestellten nach den Bestimmungen des Kapitels II, vierter Teil der Preuß. Sparverordnung vom 12. 9. 31 neu festzusetzen. Die Beratungen wurden mangels gezeigter Handhaben zur Durchführung der Neurege- lung einstweilen vertagt.

Zurück zum Agrarstaat?

Die große Bedeutung, die dem deutschen Bauerntum für die Gestaltung der deutschen Zukunft zukommt, tritt besonders klar zutage bei der Betrachtung und Erfassung der Aufgabe die dem deutschen Bauern als Ernährer des deutschen Volkes zufällt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Freiheit eines Volkes unlöslich verknüpft ist mit seiner Nahrungsfreiheit. Dem deutschen Volke die Freiheit erringen, heißt ihm zuvor seine Ernährung aus deutschem Grund und Boden sichern, also Deutschland aus der gefährlichen Abhängigkeit von ausländischen Hilfs- quellen befreien. Von der Tragweite und Größe dieser Aufgabe sind die Sachverständigen und Einsichtigen längst durchdrungen. Die andern mögen sie ermaßen an dem Ver- gleich, daß in Deutschland um 1800 etwa auf vier bäuer- liche Familien eine städtische Familie entfiel, während das Verhältnis heute genau umgekehrt ist. Mit anderen Worten: Vor etwas mehr als hundert Jahren mußten vier Bauern einen Städter miternähren, heute dagegen hat ein Bauer deren vier mitzuerzorgen.

Niemand braucht zu befürchten, daß wir dazu nicht imstande wären. Ist zurzeit auch die Einfuhr eines ge- wissen Teiles von Nahrungsmitteln noch eine zwingende Notwendigkeit, so hat doch tatsächlich die deutsche Selbst- versorgung mit land- und viehwirtschaftlichen Erzeug- nissen gerade im Verlaufe der letzten Jahre sehr wesent- liche Fortschritte gemacht. Wir wissen, daß der gegenwär- tige Bedarf bei einer Reihe von Nahrungsmitteln und zwar bei den wichtigsten, schon fast völlig aus der eigenen Erzeugung gedeckt werden kann, ja bei manchen sogar schon überschritten ist. Nach den amtlichen Feststellungen konnte im laufenden Wirtschaftsjahr 1932/33 zum ersten Male seit Beginn der siebziger Jahre die deutsche Brotgetreide- versorgung wieder nahezu vollständig aus der deutschen Ernte gedeckt werden. Ebenso sind wir hinsichtlich der Fleisch- Milch- und Fettversorgung beinahe nicht mehr auf ausländische Zufuhren angewiesen. Jedenfalls ist der Ein- fuhrüberschuß an Fleisch und Wurstwaren von rund 300 Millionen RM. im Jahre 1925 auf 39 Millionen im Jahre 1932 zurückgegangen. Und während vom gesamten Fleisch- verbrauch im Jahre 1925 noch 13,4% auf ausländische Einfuhr entfielen, hat sich diese Ziffer für das Wirt- schaftsjahr 1931-32 erfreulicherweise auf 1,7% erniedrigt. Es kommt nun darauf an, diese günstige Entwicklung fortzusetzen. Das wird nur möglich sein, wenn wir die bäuerliche Lebenskraft und Leistungsfähigkeit nicht nur erhalten, sondern mit allen Mitteln fördern und steigern. Von dieser Erkenntnis ist die deutsche Reichsregierung

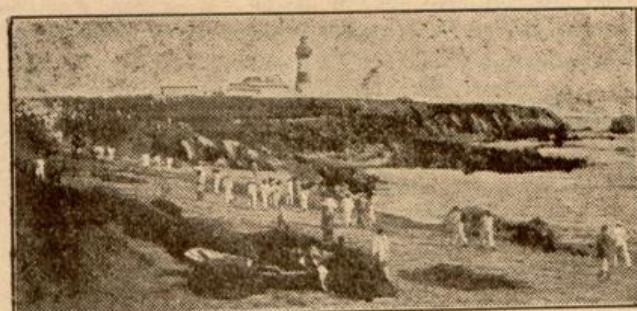
unter der tatkräftigen und verantwortungsbewußten Füh- rung Adolf Hitlers erfüllt. Sie und ihre Maßnahmen zur Erreichung des gesteckten Zieles zu unterstützen, muß das Bestreben aller Deutschen, insbesondere des deutschen Bauerntums selbst sein. Ein hervorragendes Mittel hierzu ist die Aufklärung und Belehrung über die Wege, die zur Erhaltung und Förderung eines lebenskräftigen und lei- stungsfähigen deutschen Bauerntums zu beschreiten sind. Dabei wird es sich vornehmlich um zwei Dinge handeln: Erstens um die weitere Hebung der deutschen Selbstver- sorgung durch eine entsprechende Steigerung der landwirt- schaftlichen Erzeugung.

Dies liegt durchaus im Bereiche der Möglichkeit. Sowohl hinsichtlich der pflanzlichen und tierischen Er- zeugnisse ist eine weitere Ertragsvermehrung zu erzielen wie auch in bezug auf die Erschließung weiterer Kultu- rflächen, sobald dafür die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen sind.

Zweitens handelt es sich um das Abdroffeln der wei- teren Verminderung der bäuerlichen Bevölkerung und da- mit um die Unterbindung des bisher ständig zu ungünstigen des Bauerntums und zum schweren Schaden auch des deut- schen Volkstums überhaupt gemachten Mißverhältnisses zwischen Stadt- und Landbevölkerung.

Die Lösung dieser Frage ist u. E. geradezu der Kern- punkt des deutschen Ringens um Freiheit und Geltung. In seinem großen im Verlag von Kurt Vohwinkel Ber- lin-Grünwald erschienenen neuesten Werke „Zurück zum Agrarstaat?“ (Preis 4,80 RM) nimmt der bekannte Be- völkerungspolitiker Friedrich Burgdörfer zu diesen Dingen Stellung. Burgdörfer hat sich mit der Herausgabe dieses Werkes erneut höchst verdient gemacht. In sachlicher Klarer und jeden wahren Freund deutschen Volkstums padender, bis ins Innerste ergreifender Weise ist hier ein getreues Bild der deutschen Vergangenheit, Gegenwart und Zu- kunft gezeichnet. Wir wünschen diesem Werke um der heiligen Sache willen, für die es geschrieben ist, weiteste Verbreitung. Zum Aufbau des deutschen Vaterlandes be- darf es in der Zukunft ungeheurer Anstrengungen. Voraus- setzung für ein Gelingen des schweren Kampfes ist die Ver- breitung der richtigen Erkenntnisse für die Lebensnotwen- digkeiten des deutschen Volkes. Burgdörfer hat in seinem Werke zu diesem Kampfe das geistige Rüstzeug geliefert. Unsere Aufgabe wird es sein, es all denen zu ermitteln, die mit uns eines Willens sind: Deutschland durch die Ur- wüchsigkeit und den immer noch sprudelnden Kraftquell seines Bauerntums zu retten.

seien. Sie würden wie deutsche Seeleute zu sterben wissen, tren dem Eide, den sie dem Kaiser geschworen. Und der Kommandant rief: „Seine Majestät, unser allergnädigster Kriegsherr, hurra! hurra! hurra!“ Dann stimmte der Feuerwerker mit heller Stimme das



Einweihung des „Itis“-Friedhofes 1896.

Im Hintergrund der Leuchtturm, in dessen Nähe die „Itis“ unterging.

Lied an: „Stolz weht die Flagge schwarz- weiß-rot“, und Kapitän, Offiziere und die gesamte Besatzung im Angesicht des Todes, von der Brandung umtobt und von der haushohen Gischt umspült, fielen mit ein zu nochmaligem Treuegelöbniß.

Raum war die letzte Strophe verklungen, da zerbrach eine mächtige Welle das Hinterteil des Schiffes und riß die brave Besatzung in die brodelnde Tiefe. Aus dem Munde der wenigen Geretteten aber flog die Kunde in die ganze Welt und überall beugten sich die Menschen vor so hohem deutschen Heldentum.

Diese Todesverachtung deutscher Seeleute hat damals die Achtung vor ihnen und der Flagge Schwarz-weiß-rot so hoch erhoben, daß im Fernen Osten, überall, wo die deutsche Hymne oder das „Flaggenlied“ gespielt wurde, überall, wo deutsche Seeleute, selbst in den einfachsten See- mannsstücken das „Flaggenlied“ sangen, alle anwesenden fremden Seeleute von ihren Sitzen auf- sprangen und ihre Mützen abnahmen.

Gau Düsseldorf des Stahlhelm verboten.

In seiner bisherigen Form.

Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat im gesamten Bereich des Regierungsbezirks den Stahl- helm in seiner bisherigen Organisationsform bis auf weiteres verboten. Die Büros des Gaues Düsseldorf des Stahlhelm wurden von Polizei, SA- und SS-Hilfs- polizei besetzt und verstaatet. Eine aus Polizei- und

Schutzhaft genommen worden. Volz war schon von jeher ein großer Feind aller nationalen Bestrebungen. Seine Mitgliedschaft in der Deutsch-Französischen Gesellschaft ist bekannt. Wenn es galt, gegen die nationale Bewegung anzugehen, so stand er mit in der vordersten Linie. Als der Herr Reichskanzler schon im Amt war, hat er gegen die Reichsregierung und gegen den Herrn Reichskanzler in außerordentlich scharfer Weise Stellung genommen.

Der Herr Reichskanzler hat sich in seiner Stuttgarter Rede veranlaßt gesehen,

Herrn Volz in aller Form zurückzuweisen.

Eine Kundgebung der ihm vorgelegten Reichsregierung hat Herr Volz als „Machwerk“ bezeichnet, dessen Verbreitung er in den württembergischen Schulen verhindert hat. Er scheute nicht davor zurück, die nationalsozialistischen Frauen zu beleidigen und die Wehrverbände zu beschimpfen. In letzter Zeit hat er sich wiederum unliebsam bemerkbar gemacht, als er in Salzbürg seine bekannte Rede hielt, durch die die Öffentlichkeit außerordentlich beunruhigt worden ist.

Große Volksteile sehen in diesem Wirken des Herrn Volz mit einer Ursache für die Entwicklung der Dinge in Österreich.

Zu den bereits gemeldeten Vorgängen vor dem württembergischen Polizeipräsidenten wird u. a. mitgeteilt: „Da die persönliche Sicherheit Dr. Volz' nicht mehr gewährleistet werden konnte, hat es

Volz selbst vorgezogen, in Schutzhaft genommen zu werden.

Nur mit Mühe gelang sein Abtransport. Die Erregung der Menge war derartig stark, daß ein höherer SA-Führer, der mit dem Abtransport des Herrn Volz beauftragt war, beinahe gezwungen gewesen ist, von seiner Waffe zum Schutze Volz' Gebrauch zu machen. Die Schutzpolizei mußte zum Schutze von Herrn Volz blankziehen. Herr Volz, dem man es erlaubt hatte, unter dem Schutze einer starken Begleitung noch einmal seine Wohnung aufzusuchen, bat angesichts der Empörung der Menge dringend, ihn alsbald von Stuttgart fortzubringen.

Botschafter Luther schildert Deutschlands Aufbauprogramm.

Vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer New York.

Vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer in New York hielt der deutsche Botschafter Dr. Luther einen Vortrag über das neue Deutschland. Er erklärte u. a., daß das Programm Roosevelts in vielen Punkten dem Programm der Regierung Hitlers ähnele. Hitler habe wiederholt klar zum Ausdruck gebracht, wie wichtig der Ausbau des internationalen Wirtschaftsnetzes sei. Für die grundlegenden Veränderungen in Deutschland sei nichts so charakteristisch, als die Erklärung des 1. Mai zum Nationalen Feiertag der deutschen Arbeit. Ein Eckstein der Wirtschaftsprinzipien des Dritten Reiches sei die These, daß Allgemeininteresse vor Privatinteresse gehe. Das heutige Deutschland sei von einem starken Wiederaufbau willens beherrscht. Dr. Luther schloß seine Ausführungen mit einem Appell zum weiteren Ausbau des deutsch-amerikanischen Handels.

Die Stellung der Jugendbünde im neuen Staat.

Im Zusammenhang mit der endgültigen Eingliederung der deutschen Jugendverbände in den neuen Staat fand Mitte Juni in Berlin eine Aussprache zwischen dem Führer der Hitlerjugend und dem Reichswart des Evangelischen Jungmännerwerkes Deutschlands statt. Sie konnte anknüpfen an Vorschläge zur Bildung eines Führerrates, die schon seit längerem in der Presse bekanntgegeben worden sind und jetzt der Entscheidung des Reichskanzlers unterliegen. Uebrigens liegen sie in der Linie von Anregungen, die Dr. Stange bereits vor Monaten für eine Neuordnung der reichlich unübersichtlichen Zustände innerhalb der deutschen Jugendbünde an maßgebender Stelle gegeben hat. Im Verlauf der Aussprache ermächtigte Herr von Schirach unter Anknüpfung an die in der Öffentlichkeit bekanntgewordene „Kampfanfrage“ der Hitlerjugend gegen die „Bünde“ ausdrücklich zu der Feststellung, daß damit keinesfalls die großen Verbände des evangelischen Jugendwerkes gemeint seien. Eine Fortsetzung der Aussprache wurde ins Auge gefaßt, sobald die unmittelbar bevorstehenden Entscheidungen der Staatsführung gefallen sind.

Das Deutschtum erlebt seine Renaissance

Gömbös berichtet dem Abgeordnetenhaus.

In der Dienstagssitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses ergriff Ministerpräsident Gömbös selbst das Wort, um einen ausführlichen Bericht über seine Berliner Reise zu erstatten.

Er erklärte, er habe mit seiner Reise drei Ziele verfolgt: die Lösung der wirtschaftlichen Notlage, sich von der Innenpolitik des Deutschen Reiches zu überzeugen und die Stellung des Reiches im Rahmen der europäischen Politik festzustellen. Uebrigens sei es leichter, eine günstige Atmosphäre zwischen zwei Staaten zu schaffen, wenn deren Leiter in unmittelbare Fühlung miteinander träten. Ueber die deutsche innenpolitische Lage wüßte er sich nicht zu äußern. Er müsse aber feststellen, daß Hitler und die nationalsozialistische Bewegung ganz Europa außerordentliche Dienste geleistet hätten, indem sie es vor der kommunistischen Gefahr bewahrt hätten. Er habe eine Organisation im Deutschen Reich gesehen, auf die er niemals gerechnet hätte.

Das Deutschtum erlebe seine Renaissance.

Das Deutsche Reich sei ein Faktor, mit dem die ganze Welt rechnen müsse. Er stelle mit Freude fest, daß die gesamte Politik Hitlers im Zeichen des Friedens und der Gleichberechtigung der Völker stehe.

Ein asiatischer Völkerbund?

Zu den Gerüchten über die Schaffung eines asiatischen Völkerbundes unter Führung Japans wird von japanischer halbamtlicher Seite mitgeteilt, daß bislang in diesem Problem noch keine Entscheidung getroffen worden ist.

Sollte ein solcher Völkerbund geschaffen werden, so würden ihm nur folgende Staaten angehören können: Mandschukuo, Tibet, China, die Mongolei und Japan. Die Teilnahme Rußlands sei vollkommen ausgeschlossen. Da sich der asiatische Völkerbund nur mit asiatischen Fragen befassen würde, würde er dem Genfer Völkerbund keine Konkurrenz machen.

lokales und Provinzielles.

Halber, den 21. Juni 1933.

Commerzonnenwende und Johannisfeuer.

Ein altes Stück deutschen Volkstums und urwüchsiger Lebensfreude hat sich in Bräuchen, die dem Johannisfest und der Nacht vor Johannis eigen sind, erhalten. Da um Johannis die Zeit der Sommerzonnenwende ist, die Zeit, in der einst in nordischen Ländern das Fest der Sonnenhöhe gefeiert wurde, weist noch heute das Sonnenwendfest, der „Mittsommerstag“, viele Gebräuche aus heidnischen Tagen auf.

Dazu gehören vor allem das „Johannisbad“, das Blumenopfer an die Flüsse und die Johannisfeuer, die noch heute am Vorabend des Johannistages angezündet werden und früher oft unter Teilnahme der Fürsten und der Obrigkeit auf Markt- und Spielplätzen üblich waren. Man tanzte singend um sie, sprang durch das Feuer, junge Brautpaare gemeinsam, um sich von allem Bösen und Kranten zu reinigen und zu befreien, und warf nicht nur Blumen und Kräuter in die Flammen, damit gleich ihnen alles Unglück in Rauch aufsteige, sondern auch Pferdeköpfe, Knochen, ja selbst lebende Tiere, die einst als Opfergaben gedient hatten. Unsere Vorfahren ließen die Sonnenwendfeuer dem Lichtgott Baldur zu Ehren zum Himmel lodern, weil sie wußten, daß mit dem Tage der Sommerzonnenwende das große Lichtsterben wieder beginnen mußte, daß die Tage wieder kürzer und die Nächte wieder länger wurden. Noch einmal aber sollte das Licht triumphieren, mitten in der Nacht entflammte.

Die christliche Zeit wandelte dann den alten Sonnenwendtag in den Festtag des Täufers Johannes. Hier um dort herrscht die Sitte, die Gräber am Johannistag mit Blumen zu schmücken. Diese Sitte ist wahrscheinlich von den Johanniskirchhöfen ausgegangen, auf denen am Johannistage Kirchweihfeste veranstaltet wurden.

Die Mädchen, so behauptet der Volksglaube, sichern sich, wenn sie mit den Burschen durch das Johannisfeuer springen und Blumenkränze in die züngelnden Flammen werfen, noch für das gleiche Jahr den „guldernen Ring“. Hier und da tanzt man mit brennenden Fackeln in den Händen, wirft brennende Holzstämme in die Luft und läßt glühende Feueräder rollen. Die glühenden Scheiben und die brennenden Räder sind Sonnensymbole, die man meist von den Bergen ins Flußtal laufen ließ, um ein gutes Wein- und Rußjahr zu erzielen. Vielerorts trifft man unter den Bräuchen auch noch das Baden der Johannisfränze, die man im Zimmer oder über der Haus- und Stalltür aufhängt.

Bei allen Sonnenfesten, am kürzesten und am längsten Tage des Jahres sowie zur Frühlings- und zur Herbsttagundnachtgleiche, handelt es sich offenbar um einen altarischen Sonnenzauber, wie das schon der heilige Augustin andeutete, indem er das Johannisfest, von dem ab die Sonne zu sinken beginnt, dem Wehnachtsfest, an dem die neue Sonne geboren wurde, gegenüberstellte. Man erkennt das serner an der großen Bedeutung, die jedem Sonnenfestfeuer für die Gesundheit von Mensch und Tier, die hindurchsprangen oder durchgeführt wurden, und für die Fruchtbarmachung der Felder, in die man Kohlen- und Aschenreste vergrub, beigelegt wurde. Fruchtbares Saat- und Erntewetter, Milderung allzu harter Kälte im Sommer und rechtzeitige Befreiung der gefangenen Winter Sonne erhoffte man von den Sonnenfestfeuern, die man zu verschiedenen Zeiten des Jahres entzündete. Abgerieben von den Sonnenfestfeuern sind nur noch das Osterfeuer und das Johannisfeuer, die noch heute einen mythisch-religiösen Charakter tragen.

Für Spargelfreunde gilt der Johannistag als letzter Erntetag: nach Johannis soll man keinen Spargel mehr stecken.

* Die Kreispreßstelle teilt mit: Nach der Verordnung über die Herabsetzung der Beiträge zur Invalidenversicherung für Hausgehilfinnen vom 16. 5. 1933 (R. G. Bl. 51 S. 283) sind für Hausgehilfinnen die Beiträge zur Invalidenversicherung nach Lohnklasse II und, wenn der Varentgelt 50 RM monatlich übersteigt, nach Lohnklasse III zu entrichten.

— Die Daffelsiege tritt in diesem Jahre besonders stark auf, worauf die Landwirte und Weidenbesitzer an dieser Stelle hingewiesen werden sollen. Durch ihre Vermehrungsweise entstehen bei dem Weidevieh die sogenannten Daffelbeulen, die den Tieren Schmerzen bereiten und die Haut minderwertig machen. Eine Beobachtung ist daher angebracht.

Ihre Heimatzeitung

brauchen Sie auch während der Reisezeit nicht zu entbehren. Schreiben Sie uns rechtzeitig, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Der Verlag.

Halber

— Oberpräsident Freiherr von Lünig in Halber. Auf seiner Besichtigungsreise durch den Kreis Altema besuchte der Herr Oberpräsident der Provinz Westfalen, Freiherr von Lünig auch die Gemeinden Halber und Schalksmühle. In seiner Begleitung befanden sich die Herren Landrat Delfus-Altena, Kreisleiter Bracht (NSDAP) und Gerichtsassessor Dr. Enneper. Der Herr Oberpräsident verkehrte sich durch Bürgermeister Watermann einen Überblick über die Verhältnisse des Amtes Halber und der Gemeinden Halber und Schalksmühle. Von Halber aus führen die Herren nach Kierspe-Lüdenscheid.

— Der diesjährige Hagelfeiertag wird am kommenden Sonntag gehalten. Ursprünglich wurden feierliche Umzüge durch die Fluren unserer Gemeinde gemacht, um auf sie Gottes Segen und Schutz herabzusenden. Späterhin verlegte man die Feier in die Kirche und es wurde die sog. Hagelfeier daraus.

— Zusammenkunft der Ziegenzuchtvereine im Amtsbezirk. Um eine Vereinheitlichung und damit bessere Wirkungskraft zu erzielen, hatte der Vorsitzende des Ziegenzuchtvereins Dackinghausen, Carl Eider, die verschiedenen Vereine des Amtsbezirks Halber zu einer Versprechung zusammengerufen um da die Möglichkeit und Art eines Zusammenschlusses gemeinsam zu beraten. Es waren vertreten die Ziegenzuchtvereine von Ehringhausen, Buschhausen und Dackinghausen, während Schalksmühle unent-

schuldigt fehlte. Der Einberufer Carl Eider begrüßte die erschienenen Vertreter der verschiedenen Vereine und erklärte eingehend den Zweck der Zusammenkunft, den Zusammenschluß der vordemwähnten Ziegenzuchtvereine. Als Obmann der im Amtsbezirk liegenden Vereine wurde Emil Grell, Schmalenbach bestimmt. Aus dem hiesigen Bezirk ist im Kreisvorstand Karl Hamel von Ehringhausen, da dieser jedoch keinem der Vereine mehr angehört und derselbe ausscheidet im Kreisvorstand, wurde der Beschluß gefaßt dem Kreisvorstand den Züchter Robert Kaufmann-Ehringhausen als Kreisvorstandsmitglied vorzuschlagen. Im hiesigen Bezirk (Amt Halber) sind 5 Böcke vorhanden und Jungböcke zur Aufzucht 6. Im Amtsbezirk sind nur noch 213 Ziegen, das bedeutet einen Rückgang von über die Hälfte seit dem Jahre 1922. Erfreulich ist jedoch, daß jetzt wieder etwas mehr der große Wert der Ziegenzucht erkannt wird und sich eine Belebung bemerkbar macht. Durch Verwertung der Mieten usw. kommt es, daß in den verschiedensten Bezirken unserer engeren Heimat die Ställe leer stehen und wäre hier zu wünschen, wenn die Vermieter, insbesondere die Landwirte, sich der Sache annähmen und durch ein zukunftsorientiertes Hand-in-Handarbeiten es möglich machten, daß auch hier die Ziegenzucht sich wieder hebt. Besonders wurde noch betont, daß es von größtem Nutzen wäre, wenn sich die maßgebende Behörde, evtl. die Amtsvertretung der Sache annehmen würde, um dadurch mancher Familie die Haltung von Ziegen zu ermöglichen und so die Lebensbedingungen merklich zu verbessern. Noch viele Angelegenheiten kleineren Maßes wurden rege besprochen und zeigten das außerordentliche Interesse aus den einzelnen Vereinen zur Gesamtheit und schloß dann der Einberufer die Versammlung.

Schalksmühle

— Der Bau des Strandbades „Hälbertal“ nimmt nunmehr sichtbare Formen an. Der Dammbau wird in seiner gesamten Breite von Grund auf derart vorrückt, daß die Dichtigkeit gewährleistet ist und ein Durchlassen des Wassers von vornherein unterbunden wird. Rufen zur Abdichtung ist genügend vorhanden. Ueber die Hälber ist eine starke Holz-Hochbrücke geschlagen worden. Sie dient zum Transport der Erdmassen, die aus der Berg-Böschung gewonnen werden, da die Böschung ja terrassenförmig ausgebaut werden soll. Das Ganze bietet ein Bild eifriger, unaufhaltsamer und gemeinsamer Arbeit aller Stände zum Wohle der Allgemeinheit.

— Durch die hiesige SGB-Abteilung wird in letzter Zeit eine lebhaftere Tätigkeit entfaltet. So wird, nachdem der Weg zur Wörth ausgebaut und sogar in einen fahrbaren Zustand gebracht worden ist neuerdings ein ganzlich neuer Weg von der Wörth über den Hälbertal nach der Ortschaft Wörth entlang führend nach Strüden gebaut. Mit dem Bau wurde in diesen Tagen begonnen und wird von Wohlfahrtserwerbslosen ausgeführt. Der neue Weg wird sich als Volmeingangsweg bedeutend besser aus als der frühere und wird bestimmt viele Freunde finden. — Die Verbindung des oberen Ortsteiles „Hügel“ mit dem „Hälbertal“ (der Weg wurde im Vorjahre gebaut) ist nunmehr mit dem Ausbau des Aufstiegsweges bei der Fa. Joh. Stahl Nachf. hergestellt worden. Der Straßengraben wurde an dieser Stelle in Röhre gelegt. Ferner sind 12 Rundwege geschaffen und gezeichnet worden, auf denen sich in sich geschlossene Wanderwegen ermächtigen lassen von 1 bis 4 Stunden Dauer. Die einzelnen Rundwege sind mit den Nummern 1 bis 12 gezeichnet und erschließen die schönsten Partien unserer herrlichen Berge und zeigen den Erholungsuchenden die Pracht des Sauerlandes. Zahlreiche weitere Rundwege ermöglichen sich noch durch Verbindung einzelner Teilrundwege.

Eingefandt: Der Mieterverein Schalksmühle gab bekannt, daß die Friedensmiete auf Grund der Rotterordnung vom 8. 12. 1931 um 10% gesenkt worden sei. Das ist falsch! Diese Rotterordnung sagt im 2. Teil-Kapitel II § 1 Abs. 1 folgendes: „Bei Mietverhältnissen, auf die die Vorschriften des Reichsmietengesetzes Anwendung finden, ermäßigt sich für die mit dem 1. Januar 1932 beginnende Mietzeit die gesekliche Miete um zehn vom Hundert der Friedensmiete. Daraus ergibt sich ganz klar, daß die Friedensmiete nicht gesenkt ist, diese bleibt unverändert bestehen und bildet die Grundlage für die Berechnung der geseklichen Miete, also Friedensmiete plus Zuschläge. Das vom Mieterverein angeführte Beispiel für die Berechnung einer Friedensmiete von 200 RM ist demnach auch falsch und würde bei Anwendung durch die Mieter, den Vermieter erheblich schädigen, weil die Zuschläge darin von der um 10% gesenkten Friedensmiete, also von 180 RM erfolgen, statt wie es richtig wäre von 200 RM. Aber auch rein rechnerisch stimmt das Beispiel des Mietervereins nicht, denn 17,57 RM und 0,57 RM ergibt nicht 18,32 RM, sondern nur 18,14 RM. Nach einer Bekanntmachung des Amtes Lüdenscheid beträgt die gesekliche Miete für die beiden Landgemeinden Lüdenscheid-Land und Lüßscheid ab 1. 4. 1933 118% der Friedensmiete.

Breckerfeld

— Gewaltige Regen und Hagelniederschläge über Breckerfeld und Umgegend verursachten vergangenen Samstag an verschiedenen Stellen gewaltigen Schaden. Wie uns hierüber von den Geschädigten ausführlich mitgeteilt wird, ist das Unwetter auf mehreren Gaserfeldern direkt verheerend gewesen. Die Ernte ist größten Teils vernichtet nur geringfügig durch Versicherung gedeckt. Weiterhin ist durch die langanhaltenden Niederschläge die Heuernte nicht viel versprechend.

Kierspe

— Der Oberpräsident der Provinz Westfalen wird heute auf seiner Durchreise von Halber nach Meinerzhagen unseren Ort berühren. Ob ein Empfang stattfindet, steht noch nicht fest. Der stellvert. Bürgermeister ist für vormittags 11 Uhr für ein Zusammentreffen mit dem Oberpräsidenten nach Halber geladen worden, um auf dem Wege hierher eventuelle Wünsche der Gemeinde vorzutragen zu können.

— Mit der Heuernte ist begonnen worden. Infolge des Regenwetters der letzten Tage haben die Arbeiten aber eine unliebsame Unterbrechung erfahren.

— Sonnenwendfeier — Tag der Jugend. Auf Grund einer Verordnung des Innenministers hatte der komm. Bürgermeister die Vorstände der jugendpflegerischen Vereine, die gesamte Lehrerschaft, die Führer der SA und Hitlerjugend, Bund deutscher Mädel und die Ortsgruppenleitung der NSDAP für Montag abend zu einer Versprechung in das Amtshaus geladen. Der Versammlungsleiter gab die bisher vorliegenden Richtlinien für die bevorstehende, am Samstag stattfindende Feier bekannt. Die Veranstaltung ist wie folgt gebacht: Ein gemeinschaftlicher Gottesdienst des vormittags in der Kirche soll den

Auftakt geben. Anschließend finden auf dem hiesigen Sportplatz die turnerischen Wettkämpfe der Schuljugend statt. Des Nachmittags trifft sich dortselbst die schulentlassene Jugend. Alter Tradition gemäß werden am Abend Sonnenwendfeuer in Kierspe, Kierspe-Whf. und Berken-Vollwerk abgebrannt. Die Leitung der einzelnen Veranstaltungen übertrug man Hauptlehrer Kuhlberg, den Jugendturnwart Ewald Zöllner in Kierspe und Alfred Becker in Kierspe-Whf. sowie Lehrer Michel in Vollwerk. Als Ziel der vorgesehenen Wanderung wurde Hedinghausen in Aussicht genommen. — Im Anschluß hieran hatte Hauptlehrer Kuhlberg die Vorsitzenden der verschiedenen Vereine für Dienstagabend zu einer Besprechung in das Hotel Plate gebeten, um über die Ausgestaltung der Abendveranstaltung zu beraten. Das Programm wurde dahingehend ausgearbeitet, daß sämtliche Vereine mit ihren Fahnen um 9 Uhr abends am Berliner Hof antreten. Der Zug geht durch die Lindenstraße zur Hüh. Dortselbst wird Pastor Meyer zu Heenhausen einen kurzen Feldgottesdienst halten, der in einem vaterländischen Gesangsvortrag des MGV. „Sängerbund“ ausklingen soll. Ein Fackelschwünge des Turnvereins führt dann zur Anzündung eines gewaltigen Holzstoßes. Die weitere Folge sieht eine Ansprache von Hauptlehrer Kuhlberg, Volkstänzen, Gesangsvorträgen des Schülerchors und des MGV. Sängerbund vor. Die gesamte Bürgerschaft wird gebeten, sich an dieser Kundgebung zu beteiligen.

— Nach dem die Ortsgruppe Kierspe der NSDAP. reiflos durchorganisiert ist, haben nunmehr sämtliche die Ortsgruppe bildenden Zellen ihren ersten Zellenpflichtabend abgehalten. Die Ortsgruppenleitung nahm an diesen Pflichtabenden teil und klärte in jeder Zelle den Zellenwart, Blockwart und Pg. über Organisation und Parteifragen auf. Der Ortsgruppenleiter hat angeordnet, daß die Zellenpflichtabende abwechselnd in den Lokalen der betr. Zelle stattfinden haben. In der zweiten Hälfte des Monats Juni findet der Ortsgruppenpflichtabend statt.

Faßel h. Plettenberg. Vom Zuge erfasst und getötet. Die 76 Jahre alte Frau Witwe Gutsbecker H. K. wurde morgens hinter ihrem Hause, das nicht weit von dem Geleise der Eisenbahn steht, von einem durchfahrenden Zuge überfahren und getötet, als sie auf kürzestem Wege zum Grabe ihres verstorbenen Mannes gehen wollte. Der schwergeprüften Familie wird allgemeine Teilnahme entgegengebracht.

Dortmund. Scheune durch Blitzschlag eingestürzt. Sonntagnachmittag stand plötzlich eine Scheune in Dortmund-Bredten in hellen Flammen. Die Dortmunder Berufsfeuerwehr sowie die Freiwillige Feuerwehr der Zeche Minister Stein waren bald zur Stelle und nahmen die Löscharbeiten auf. Sie konnten aber nicht verhindern, daß die Scheune vollständig eingestürzt wurde. 6 bis 7 Fuder Stroh, die in der Scheune untergebracht

waren, wurden ein Raub der Flammen. Es ist ein Gesamtschaden von etwa 4000 RM entstanden. Die Kriminalpolizei nahm sofort die Ermittlungen auf. Wahrscheinlich ist das Feuer durch Blitzzschlag entstanden.

Nah und Fern

○ **Sakentkrenz-Wasserzeichen in Briefmarken.** Nach Verbrauch des alten Freimarkenspapiers soll neues mit Sakentkrenz-Wasserzeichen angefertigt werden. Bisher hatte man die sogenannte „Nauten“- oder die „Waffel“-form.

○ **Drei Todesopfer einer Familientragödie.** In Dortmund fand man die Ehefrau des Polizeihauptwachmeisters Vöte in ihrem Schlafzimmer am Fensterkreuz hängend tot auf. Weiter fand man die drei und sechs Jahre alten Enkelkinder in ihren Betten tot. Der Grund zu der furchtbaren Tat ist in zerrütteten Familienverhältnissen zu suchen.

○ **Schüsse auf der Bühne.** Bei einer Schlageter-Aufführung in Hemigkofen am Bodensee wurde ein Schauspieler bei der Erschießungsszene von mehreren Schrotkörnern, die sich in einer bei dem Schuß verwendeten Jagdpatrone befanden, an Schulter und Hals getroffen. Glücklicherweise sind die Verletzungen des Schauspielers leichter Natur.

○ **Bettler überfällt 70-jährigen in der Wohnung.** In der Volldorfer Straße in Wandersbel wurde der etwa siebzig Jahre alte Rentner Krull in seiner Wohnung von einem unbekannten Bettler überfallen. Der Bettler hatte vor der Wohnung des Rentners so lange gewartet, bis die Aufwartefrau die Wohnung verlassen hatte. Dann drang er ein und schlug den Greis mit einem Schlagring nieder. Als der überfallene Widerstand zu leisten versuchte, stach ihn der Bettler in die Brust. Darauf fesselte er den Schwerverwundeten an einen Stuhl und durchwühlte alle Schränke. Der Einbringer erbeutete etwa 50 Mark in bar und eine Taschenuhr. Nachdem er sich dann in aller Ruhe von den Blutspuren gereinigt hatte, flüchtete er.

○ **Schwere Schießerei im „Bund der Guoten“.** Im Hauptquartier des „Bundes der Guoten“, einer seit Jahren in Ostpreußen und auch verschiedenen Teilen des Reiches bestehenden Organisation auf Schloß Siglinnen, spielte sich eine blutige Schießerei ab. Ein größerer Kreis der Guoten saß bei einem Bierabend beisammen, als ein Mitglied plötzlich außerordentlich erregt wurde und mit einer Pistole auf die Anwesenden schoss. Der Mann tötete den Lehrer Salewski durch zwei Schüsse, verletzte einen Kaufmann Schliepe aus Berlin durch einen Bauchschuß lebensgefährlich und brachte einem anderen Mitglied drei leichtere Schüsse bei. Dann floh er aus dem Hause.

○ **Zwei Dampfer mit 26 Seelenten für verschollen erklärt.** Vom Seeamt Bremerhaven wurde festgestellt, daß die beiden seit Anfang Februar ds. Jrs. ausgelaufenen und seither nicht wieder gesichteten Fischdampfer „Meteor“ und „Westbank“ aus Wesermünde nunmehr als verloren zu betrachten seien. Es könne mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der Dampfer „Westbank“ am 12. Februar dem außergewöhnlich starken Sturm weichen mußte und zum Opfer gefallen ist. Ähnlich lautete der Spruch über das Verschollensein des „Meteor“. Mit beiden Dampfern mißten insgesamt 26 Seelenten den Tod in den Wellen gefunden haben.

○ **Neue Hühnerwelle in Amerika.** Chicago wird zum zweitenmal in diesem Monat von einer Hühnerwelle heimgegriffen. Auch über Kanada brütet furchtbare Hühner. Zwanzig Menschen haben durch die Hühner Herzschräge erlitten.

○ **Menschen verschleppen — amerikanische Mode.** In den Vereinigten Staaten breitet sich das Verschleppen von Menschen, um sie erst gegen Lösegeld wieder freizulassen, immer mehr aus: in der letzten Woche wurden vier Menschen verschleppt, u. a. ein Bankier, den man nach 72 Stunden gegen 22 000 Dollar Lösegeld freiließ.

Was man noch wissen muß.

Sitzung der Reichsratsausschüsse.

Berlin. Die Ausschüsse des Reichsrats beschäftigten sich mit Verordnungen, die die Begriffsbestimmungen für Obst-, Nahrungsmittel sowie Speise- und Getränke festlegen. Außerdem wurden Grundzüge über Beschaffenheit und Kennzeichnung dieser Erzeugnisse aufgestellt. Die angenommenen Vorlagen sollen in der nächsten Vollversammlung des Reichsrats endgültig verabschiedet werden.

Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt an Staatskommissar Sintel verliehen.

Berlin. Anlässlich der Dietrich-Eckart-Gedächtnisfeier im Städtischen Schauspielhaus Frankfurt a. M. wurde von dem Oberbürgermeister Dr. Krebs dem Staatskommissar im preussischen Kultusministerium, Hans Sintel, dem Reichsorganisationsleiter des preussischen Theaterausschusses, die Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt verliehen.

Sitzung der Reichsratsausschüsse.

Berlin. Die Ausschüsse des Reichsrats beschäftigten sich mit Verordnungen, die die Begriffsbestimmungen für Obst-, Nahrungsmittel sowie Speise- und Getränke festlegen. Außerdem wurden Grundzüge über Beschaffenheit und Kennzeichnung dieser Erzeugnisse aufgestellt. Die angenommenen Vorlagen sollen in der nächsten Vollversammlung des Reichsrats endgültig verabschiedet werden.

Reichsaussenminister v. Neurath kommt nach Berlin

London. Wie von der deutschen Abordnung in London amtlich mitgeteilt wird, reist Reichsaussenminister v. Neurath am Mittwochabend nach Berlin. In seiner Begleitung befinden sich die Herren Dr. Wölkens und Geheimrat Aschmann.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Amt Lüdenscheid.

Fest der Jugend.

Das Fest der Jugend am Sonnabend, dem 24. ds. Mts., findet bezirksweise nach den Gebieten der evang. Kirchengemeinden a) Oberrahmede, b) Rahmede, c) Brünninghausen (einschl. Kapellenbezirk Loh), d) Brügge, e) Hülscheid-Heedfeld (Höhengebiet) statt. Das Volksgebiet der politischen Gemeinde Hülscheid veranstaltet diesen Tag gemeinsam mit der politischen Gemeinde Schalksmühle.

Die Leitung der Veranstaltungen, die am genannten Tage frühnachmittags beginnen, liegt in den Händen von a) cand. phil. Otto Weiß, Wislade, b) Ingenieur Walter Hohage, Altroggenrahmede, c) Lehrer Otto Schneider, Augustental, d) Oberbahnmeister August Bernhardt, Brügge, e) Lehrer Bunselmeier, Spornmede.

Die Festleiter haben in Gemeinschaft mit den Schulen, Jugendverbänden und Vereinen die Vorbereitung der Veranstaltungen übernommen.

Ich rufe hiermit die gesamte Bevölkerung zur Teilnahme am Feste der Jugend, insbesondere auch zu den Sonnenwendfesten am Abend auf.

Lüdenscheid, den 19. Juni 1933.

Der Bürgermeister des Amtes:
Weiland.

Bekanntmachung.

Die Hebung der von der Westfälischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ausgeschrieben Umlage für 1932 erfolgt vom Mai 1933 ab in vierteljährlichen Beiträgen mit den Steuern. Sie betragen 1,35 v. d. des Einheitswerts (3. Hauptfeststellungszeitraum), sofern nicht Mindestbeiträge zu entrichten sind.

Die Heberolle liegt von morgen ab zwei Wochen lang zur Einsicht der Beteiligten im Hebelokal Amtshaus Zimmer Nr. 11 aus.

Innerhalb 2 Wochen nach Ablauf der Frist kann gegen die Beitragsveranlagung beim Genossenschaftsvorstande in Münster, Postfach 254, Einspruch erhoben werden. Der Einspruch entbindet nicht von der Pflicht der vorläufigen Zahlung des Beitrages. In der Einspruchsschrift sind die Höhe des veranlagten Beitrages, die Hebestelle, die Heberollen Nummern und die Hebebuchnummern anzugeben.

Lüdenscheid, den 20. Juni 1933,

Der Bürgermeister des Amtes.

Landwirte u. Gewerbetreibende, die auf Lieferungen an den Arbeitsdienst

reflektieren wollen sich bis Freitag, den 23. Juni mittags 12 Uhr, schriftlich bewerben. Dringlichkeitshalber können spätere Meldungen nicht mehr berücksichtigt werden.

Namhafte finanzielle Unterstützung des Hallenbaues ist Bedingung.

Hallenbauvereine e. V. Kierspe.

Eintrittskarten = Blocks

vorrätig

Wilh. Bell jr., Halver.

Kohlepapier Farbbänder Durchschlagpapier

vorrätig

Wilh. Bell jr., Halver.

Düngemittel!

Eingetroffen und auf Lager weber vorrätig:

Schwefelsaures Ammoniak, Urnassalpeter, Kalksalpeter, Kalkammonsalpeter, Nitrophosphat, Kalkphosphat, Ammoniak Superphosphat 9 x 9, Ammoniak Superphosphat 5 x 10, Am. Su. Ka. 5 x 8 x 12.

E. Zimmermann, Dhl.-Rönjahl Telefon Nr. 211 Rönjahl.



Henko
macht
hartes Wasser
weich!

Laßt Euch Eure Zeitung nicht abspenstig machen!!!

„Zu tatendrohem Zukunfts- und Erneuerungswerk möchte ich als Kollege und Führer der nationalsozialistischen Presse alle in der deutschen Presse aufrufen, die guten Willens sind“, hat der Reichspressechef der NSDAP. und Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Presse, Dr. Dietrich erklärt.

Keine an der Umgestaltung des Staates und der sittlichen Erneuerung unseres Volkes in wahrhaft nationalem Geist mitschaffende Zeitung kann in diesem großen Ringen um Deutschlands Zukunft entbehrt werden. Alle nationalen Kräfte müssen mithelfen. Jede an ihrem Platze damit das ganze Volk erfaßt und das Fundament des neuen Staatsbaues unzerstörbar für die kommende Generation untermauert wird.

Zu diesen mitschaffenden Kräften gehört der Allgemeine Anzeiger, der nach bestem Können mitwirkt an der Verwirklichung der Forderung Adolf Hitlers: Die Einheit des Geistes und des Willens der deutschen Nation wiederherzustellen.

Wir bitten daher unsere Leser sich nicht irre machen zu lassen, sondern dem Allgemeinen Anzeiger, der alle amtliche Bekanntmachungen des Kreises und der Gemeinden nach wie vor bringt, dessen nationale Haltung von höchstem Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Volke getragen ist,

nach wie vor die Treue halten!

Verlag des Allgemeinen Anzeigers.

Mitglieder = Versammlung.
Am Freitag, den 23. Juni
abds. 8.30 Uhr
im Saale des „Haus zur Fuhr“

Pg. Kreisleiter Bracht, Altena spricht über aktuelle politische Tagesfragen.
Erscheinen wird den Pg. u. Pan. aller Gliederungen zur Pflicht gemacht. Es wird darauf hingewiesen, daß 3-maliges unentschuldigtes Fehlen am Pflichtabend den Ausschluss zur Folge hat. Gäste willkommen!

N. S. D. A. P., Ortsgruppe Halver.

Kölner Effektennotierungen vom 20. Juni.

(* = kein Angebot, keine Nachfrage.
— = Notiz nicht zustande gekommen).

Basalt Linz —	Schudert 114
Bonner Berg 59	Stollwert 67
Deutsche Erdöl 117	Commerzbank 51
F. G. Farben 132	Reichsbank 142 1/2
Gelsenkirchener 61 1/2	Allianz 205
Mannesmann 66	Colonia Rück

Freundlichere Kölner Börse.

Köln, 20. Juni.
Die Kölner Börse eröffnete überwiegend etwas freundlicher. In einigen Spezialwerten lagen kleine Orders vor, sonst war das Geschäft weiterhin kaum nennenswert. Etwas Interesse zeigte man für Farben (plus 1 1/2), Reichsbankanteile (plus 1 1/4) und Montanwerte, die teilweise bis 1/2 Prozent höher lagen. Am Elektromarkt notierten Schudert und Siemens je plus 1 Prozent. Festen anderwärts. Von Kunstseidenwerten konnten Alu um 2/3 Prozent anziehen. Sehr still lag der Rentenmarkt. Von Pfandbriefwerten waren Rheinische Boden 1/2 Prozent höher im Verkehr.

Amthlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 20. Juni.

Es bedeutet Kg.-Mengen. F.-Futter, W.-Winter	
S.-Sommer.	
Weizen, rhein.	8,75—9,75
74 Kg.	20,25
Weizen aul.	25,00—26,75
Roggen rhein.	16,80
70—71 Kg.	19,50
Roggen nordb.	15,00—15,40
Roggen aul.	19,50
Hafer rhein.	15,00—15,40
Hafer aul.	16,50
F.-Gerste aul.	17,60—18,00
W.-Gerste int.	21,25—21,50
W.-Gerste int.	22,50
W.-Gerste int.	27,00
Rhein-Weizen	27,75
ausländisch	23,00
70 Brz. int.	23,75
70 Brz. m. ausl.	20,00—20,50
land Roggen	21,00—21,50
Roggenstrot	8,50—8,75
ausländisch	11,50—11,75
Reint. 38 Brz.	—
Erdnussm.	—
50 Brz.	—
54	—
Schafsch.	—
46 Brz.	—
Kapst. 38 Brz.	—
Palmerst. 101.	—
Erbsen int. 101.	7,75—8,25
Rudersch. 101.	9,00—10,00
Kohlmelasse	6,00
Wiese neu int.	—
lofe neu	—
gepreht	—
Rieschen int.	—
lofe neu	—
gepreht	—
ausländisch	—
Roggen int.	1,35
gepreht	—
W.-Gerste int.	1,30
gepreht	—
Haferstrot	—
ab rhein.	1,25

Stimmungsbericht. Das Geschäft in Brodgetreide ist eng begrenzt. Die Preise waren unverändert. Futtermittel waren fester in Auswirkung der neuen Monopolzuschläge. Die Forderungen für Kraftfutter sind so unterschiedlich, daß von einer Notierung wieder abgesehen werden mußte.